

<https://www.jungewelt.de/artikel/320532.nobelpreis-macht-noch-keinen-frieden.html>

jW-Ausgabe vom 30.10.2017, Seite 4 / Inland

# Nobelpreis macht noch keinen Frieden

## Diskussionen über Bündnisfähigkeit der Frankfurter Friedensbewegung. Aufruf für 18. November

Von Gitta Düperthal



Zusammengehen trotz unterschiedlichen Tempos: »Sie haben einen anderen Demonstrationsstil. Was wir machen, nennen sie schnarchige Latschdemo«

Foto: Boris Roessler/dpa

»Wir haben aber nicht nur Niederlagen zu verzeichnen, sondern auch kleine Siege zu feiern«, so der ehemalige Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im hessischen Landtag, der Friedensaktivist Willi van Ooyen: Das Nobelpreiskomitee hat die internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet – damit ein Bündnis von 450 Friedensgruppen, die für atomare Abrüstung eintreten.

Doch ein Nobelpreis macht noch keinen Frieden. »Gründe gibt es genug, die Friedensbewegung jetzt zu verbreitern«, sind sich deshalb am Freitagabend im Gewerkschaftshaus in Frankfurt am Main alle einig. Zusammengekommen sind dort unter anderem Aktivisten der Frankfurter Friedens- und Zukunftswerkstatt, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung e. V. (IPPNW).

Die Übergabe des Friedensnobelpreises am 10. Dezember in Oslo, stelle zwar einen großen Erfolg dar. Zudem durch das Preisgeld kurzfristig zusätzliche Ressourcen für die Friedensbewegung frei würden. Doch damit ist der Jubel auf der Frankfurter Versammlung schon am Ende: Die deutsche Regierung unter der Führung der Physikerin Angela Merkel (CDU) habe nicht wie 122 Staaten der UNO in New York den Atomwaffenverbotsvertrag gestimmt, sondern sogar dagegen agiert, moniert man einhellig. Am 24. November soll darüber ab 18 Uhr im Frankfurter DGB-Haus diskutiert und die weitere Planung erarbeitet werden.

Der Versammlung geht es um mehr, sie will nicht nur auf das ICAN-Vertragswerk in der Zukunft hinwirken, sondern aktuelle Bedrohungen bearbeiten. »Kriege beenden, Abrüstung für globale Gerechtigkeit, Entspannungspolitik jetzt, Atomwaffen abschaffen!« – nachdem die vorige Konferenz der Friedensbewegung in Essen am 8. Oktober unter diesem Motto zum bundesweiten Aktionstag am (und um den) 18. November aufgerufen habe, gelte es Pläne für die Mainmetropole zu schmieden. In Berlin sei an jenem Sonnabend eine Menschenkette gegen den Atomkrieg von der nordkoreanischen Botschaft zur Botschaft der USA geplant (Treffpunkt Brandenburger Tor, Beginn 11 Uhr).

Beim Thema der Vergrößerung der Friedensbewegung und der verbesserten vernetzten Zusammenarbeit in der Region Frankfurt gibt es offenbar noch etwas zu tun, wie auf der Versammlung deutlich wurde: »Fragen wir die kurdischen und linken türkischen Freunde, ob sie mitmachen«, forderte ein Basisaktivist. »Sie demonstrieren ohne uns, wir ohne sie – so kann es nicht weitergehen«.

Der Frankfurter Arzt Matthias Jochheim von IPPNW unterstützt das Ansinnen des Zusammengehens. Denn Kurden und linke Türken seien schließlich auch stark gewesen, als sie die Terrormiliz IS bekämpft haben. Die Idee wird trotzdem fast wieder verworfen: »Sie kämpfen an der Seite der USA in Syrien«, obgleich die doch erst den IS gestärkt hätten. Vielleicht wollten sie in Syrien nicht mehr nur ihre Autonomiegebiete verteidigen, sondern einen eigenen Staat gründen. Versammlungsleiter Willi van Ooyen reagiert pragmatisch: »Ich rufe beim Türkischen Volkshaus an; unser gemeinsames Motto bleibt: Die Waffen nieder!« Die Kooperation soll verabredet werden.

Die jungen Aktivisten vom »Exzess« und die Frankfurter Antifa könnten mit uns demonstrieren, schlägt jemand vor. Zunächst wieder Zögern: »Sie haben einen anderen Demonstrationsstil. Was wir machen, nennen sie schnarchige Latschdemo«, so ein Friedensaktivist. Nachgefragt wird auch dort. Gegen Organisationen wie ATTAC, Pax Christi, Pro Asyl gibt es keine Einwände. Es gelte, den Zusammenhang zwischen Krieg und der aktuellen europäischen Wirtschaftspolitik aufzuzeigen. Das heiße, zu »verdeutlichen, warum viele Flüchtlinge nach Europa fliehen müssen«, so die bei IPPNW organisierte Frankfurter Psychotherapeutin Karina Perinelli.